

I. Anmeldung

TOP: _____

Stadtrat

Sitzungsdatum 28.09.2016

öffentlich

Betreff:

Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan

15. Änderung: Bereich Meistersingerhalle

Einleitung des Änderungsverfahrens

Anlagen:

- Gutachten AfS vom 22.09.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
AfS	22.09.2016	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Für den Bereich um die Meistersingerhalle soll die Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan eingeleitet werden.

Durch die Änderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Veranstaltungs- und Konzerthalle mit Interimsnutzung für die Musiktheatersparte des Staatstheaters geschaffen werden.

Im Mai 2014 wurde eine städtebauliche Standortuntersuchung für eine Veranstaltungs- und Konzerthalle mit Interimsnutzung beauftragt. Der Standort an der Meistersingerhalle war einer von acht zu untersuchenden möglichen Standorten. Basierend auf den Erkenntnissen des Gutachtens entschied sich der Stadtrat für einen Neubau des Konzertsaals am Standort Meistersingerhalle und beschloss diesen am 29.07.2015.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die angestrebte Nutzung ist die Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 4160 erforderlich, die gemäß § 8 Absatz 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt sein muss.

Dieses Verfahren wurde mit AfS-Beschluss vom 17.09.2015 eingeleitet.

Da die wirksamen Darstellungen des FNP nicht umfänglich der angestrebten Entwicklung entsprechen, wird auch die Änderung des FNPs erforderlich. Das Verfahren dazu soll eingeleitet werden.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den entsprechenden Beilagen des Tagesordnungspunktes der Sitzung vom 22.09.2016.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
 - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
(siehe schriftliche Darlegung der Ziele und Zwecke der Planung in Form der Begründung 1. Fassung - Pkt. 1.4.4).

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- UwA**
-
-

II. Herrn OBM

III. Referat VI

Nürnberg,
Referat VI

(49 00)